

Ungarn hat gewählt

Bei der Parlamentswahl in Ungarn am ersten April-Sonntag wurde die rechtsnationale Partei Fidesz stärkste Kraft. Eigentlicher Wahlsieger ist jedoch die rechtsextreme Partei Jobbik.

»Herzliche Glückwünsche« übermittelte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Friedrich, an Ungarns Regierungschef Viktor Orbán (Jg. 1963) nach dessen Wahlsieg bei der Parlamentswahl am 6. April. Zuvor hatte der Unionspolitiker erklärt, Orbán habe »in beeindruckender Weise« abermals »das Vertrauen von weiten Teilen der ungarischen Wählerinnen und Wähler gewinnen können. Damit wird Ungarn weiterhin eine stabile Regierung haben.« Wie Orbáns Partei Fidesz sind die Unionsparteien Teil der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament.

Ungarns Regierungschef Orbán erzielte bei der Parlamentswahl 44,54 Prozent der Stimmen für seine rechtsnationale Partei Fidesz (»Bund Junger Demokraten«). Damit ist Fidesz trotz eines Minus von mehr als acht Prozentpunkten gegenüber dem Erdrutschsieg von 2010 (52,7 Prozent) bei weitem die stärkste Kraft im Land. Nach Auszählung fast aller Stimmen verfügt Fidesz nach derzeitigem Stand mit 133 von 199 Abgeordneten über eine knappe Zweidrittelmehrheit der Sitze. Mit dieser kann Orbán auch in seiner dritten Amtszeit die Verfassung nach Belieben ändern. Sein Wahlergebnis kommentierte der von der EU kritisierte Ministerpräsident mit den Worten »Ungarn ist die einheitlichste Nation Europas geworden.« Fakt ist jedoch, dass Fidesz gegenüber dem Wahlergebnis vor vier Jahren weit über 600.000 Stimmen, das heißt fast ein Viertel seiner Wähler, verloren hat. Zahlreiche Parlamentssitze hat Fidesz nur dank einem nach eigenem Gutdünken geschaffenen Wahlsystem erreicht, das die relativ stärkste Kraft begünstigt. Ebenso hat Fidesz den Zuschnitt der Wahlkreise zu den eigenen Gunsten bestimmt. So wurde beispielsweise die traditionell links wählende westungarische Bergbaustadt Ajka auf zwei ländliche Wahlkreise aufgeteilt, sodass sich darin die linke Mehrheit auflöste.

Viktor Orbán hat Ungarn seit der Wende wie kein anderer Politiker geprägt und entdemokratisiert. Seit 2010 hat seine »nationalkonservative Revolution« rund 850 Gesetze durch das Budapester Parlament gepeitscht und dabei die Gewaltenteilung praktisch ausgehebelt. Orbáns feudalistisch regierendes Küchenkabinett hat fast alle Spitzenämter in Politik und Justiz mit Vasallen besetzt und die Medien weitestgehend gleichgeschaltet. Die ungarische Notenbank ist faktisch nicht mehr unabhängig von der Regierung. Der öffentliche Rundfunk habe in beispielloser Weise gegen die Opposition gearbeitet, klagte Attila Mesterhazy, Vorsitzender der sozialistischen Partei MSZP, der das linksliberale Oppositionsbündnis Kormanyvaltas (»Regierungswechsel«) als Spitzenkandidat bei der Wahl geführt hatte. »Ich sage: Das Land ist nicht frei, weil die Regierung ihre Zweidrittelmehrheit stets missbraucht«, urteilte Mesterhazy. Das Oppositionsbündnis Kormanyvaltas, das aus fünf Parteien besteht, erzielte 25,99 Prozent Stimmen und stellt 38 Abgeordnete. Nach der Parla-

mentswahl hat auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine systematische Benachteiligung der Opposition kritisiert. Fidesz sei im Wahlkampf »von einer partiischen Medienberichterstattung« und »verschwommenen Trennung zwischen Partei und Staat« begünstigt worden, so die Wahlbeobachtermission der OSZE.

Der eigentliche Wahlsieger ist die rechtsextreme Partei Jobbik (»Bewegung für ein besseres Ungarn«), die 20,54 Prozent erzielte, rund vier Prozentpunkte mehr als bei der Parlamentswahl 2010 (16,71 Prozent). Jeder fünfte Ungar, der zur Wahl ging, stimmte damit für rechtsextreme Positionen. Jobbik ist nun mit 23 Abgeordneten als Einzelpartei stärkste Oppositionskraft. Im Wahlkampf präsentierte man sich als familienfreundliche Partei, forderte eine Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft und kündigte an, bei einer Regierungsbeteiligung massiv gegen Kriminalität vorzugehen. Überdurchschnittliche Erfolge erzielte die antiamerikanische, antisemitische und Roma-feindliche Partei bei Erstwählern, Studenten und in ihren ländlichen Hochburgen im Osten und Süden des Landes, aber auch in Budapest gewann sie dazu. Während sich Jobbik in städtischen Gebieten mit gemäßigter Rhetorik als nationalistisch-bürgerliche Partei präsentierte, wurde in der Provinz mit radikaler Rhetorik gehetzt. Das großspurig angestrebte Wahlziel, die Machtübernahme der Regierung, hat Jobbik jedoch nicht erreicht. »Radikalität und Regierungsfähigkeit sind kompatibel«, hatte Parteiführer Gabor Vona noch im Frühjahr 2012 verkündet. Dennoch brüstete sich Vona (Jg. 1978) nun, vor der im Mai stattfindenden Europawahl der »erfolgreichsten radikal-nationalistischen Partei in der EU« vorzustehen. Jobbik ist seit 2009 auch mit drei Abgeordneten im Europäischen Parlament (14,77 Prozent) vertreten.

Die im Oktober 2003 von rechtsextremen Studenten gegründete Partei versteht sich als »konservative und radikal patriotische christliche Partei«. Jobbik tritt offen für die Schaffung eines »Großungarns« ein und ist eng mit der paramilitärischen »Neuen Ungarischen Garde« verwoben. Verehrt wird der Diktator Miklos Horthy (1868–1957). Unter der Herrschaft des einstigen »Reichsverwesers« und Hitler-Verbündeten wurden drakonische Judengesetze erlassen. Horthy war mitverantwortlich für die Deportation von 400.000 ungarischen Juden, die in Auschwitz ermordet wurden. Am 1. Februar dieses Jahres weihte Jobbik eine Horthy-Straße in Kunhegyes, 100 Kilometer östlich von Budapest gelegen, ein.

Vona führt Jobbik seit 2006. 2008 hatte er in einem Interview mit der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« verkündet, es sei Israels »Ziel«, »Ungarn zu kaufen«. Das Judentum könne sich in Palästina auf die Dauer »nur sehr schwer« halten und die dort lebenden Juden benötigten deshalb »eine neue Heimat«, nämlich Ungarn, behauptete der Rechtsextremist. 2010 richtete der damalige NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt noch am Abend der letzten ungarischen Parlamentswahl eine Grußbotschaft an Vona und gratulierte nach dem »großartigen Wahlerfolg«. »Inhaltlich«, so Voigt damals, »gibt es viel Übereinstimmung zwischen unseren Ländern und unseren beiden Parteien.« Mit dem Wahlerfolg von Jobbik beginne das ungarische Volk, sich »gegen den Ausverkauf, gegen die Ausbeutung durch Globalisierung, gegen Imperialismus und den ›American-Way-of-Life‹ mit der geplanten multikulturellen Verschmelzung mit Fremden wirksam zu wehren.«

Europaweite Schlagzeilen lieferte Vona im Februar 2011. Der Jobbik-Fraktionschef erschien mit einer Weste der verbotenen »Ungarischen Garde« zu einer Parlamentssitzung. Anhänger der »Ungarischen Garde« waren im Februar 2009 an einem grausamen Verbrechen an einer Roma-Familie in dem Ort Tatárszentgyörgy bei Budapest beteiligt. Zunächst zündeten die brutalen Schläger das Haus der Familie an. Dann erschossen sie den 27-jährigen Familienvater und dessen fünfjährigen Sohn, die vor den Flammen geflüchtet waren, mit Jagdgewehren. Vor einigen Tausend Anhängern verkündete Vona im Februar 2012 im Budapester »Sportmax«-Palast das Ende der liberalen Demokratie in der Welt. »Keine Kompromisse« im und mit dem herrschenden politischen System, sondern »Kampf, Kampf und nochmals Kampf«, verlangte Vona von den Parteikameraden.

Schlagzeilen lieferte im November 2012 auch Marton Gyöngyösi, stellvertretender Jobbik-Fraktionsvorsitzender, als er erklärte, dass in Ungarn lebende »Menschen jüdischer Abstammung« ein »Sicherheitsrisiko« darstellten. In einem Interview mit dem rechtsextremen Monatsmagazin »Zuerst!« aus dem Hause des norddeutschen Verlegers Dietmar Munier im Januar dieses Jahres behauptete Gyöngyösi, zugleich außenpolitischer Jobbik-Sprecher, dass Fidesz »unter dem Einfluß der Israel-Lobby« stehe. Horthy lobte er als »patriotischen Konservativen«.

Spitzenkandidatin der Jobbik bei der Europawahl 2009 war Krisztina Morvai. Ihr Wahlspruch lautete: »Ungarn darf nicht Palästina werden.« In einem Interview hatte sie erklärt, nach dem Ausverkauf der Wirtschaft und Industrie durch die Elite an das Ausland, müsse jetzt das Letzte, das Ungarn noch geblieben sei, der ungarische Boden nämlich, gerettet werden. Im Oktober 2009 forderte Morvai in einer Rede im ungarischen Parlament »radikale Änderungen«. Jene, die »das Land ausplündern, es in das Schicksal einer Kolonie stoßen, müssen von der Macht vertrieben und zur Verantwortung gezogen werden«. Einem ungarischen Juden, der sie kritisierte, antwortete Morvai: »Ich würde es begrüßen, wenn diejenigen, die sich als »stolze ungarische Juden« bezeichnen, in ihrer Freizeit mit ihren beschnittenen Schwänzchen herumspielen würden, statt mich zu verunglimpfen.«

Die Nachrichtenagentur Reuters stuft das jetzige Ergebnis für Jobbik als »stärkstes Abschneiden einer rechtsradikalen Partei in Europa seit die österreichische FPÖ im vergangenen Jahr auf 20,5 Prozent kam«, ein. »Das Wahlergebnis ist ein Alarmzeichen für Europa«, sagte Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Die Bundesregierung mahnte, »Antisemitismus oder beispielsweise Roma-Feindlichkeit« hätten in der EU keinen Platz. Regierungssprecher Steffen Seibert betonte außerdem, aus dem Wahlerfolg von Fidesz erwachse »eine besondere Verantwortung, diese Mehrheit auch mit Augenmaß und Zurückhaltung und auch mit Sensibilität für verfassungsmäßige Grundsätze einzusetzen.«